

Fachinformationen Sonstige Rechtsgebiete, Mittwoch, 18. Oktober 2023

DStGB-Positionspapier Tourismus

In einem neuen Positionspapier betont der DStGB die Bedeutung des Tourismus in den Städten und Gemeinden und unterbreitet Handlungsvorschläge für die Bundespolitik. Diese betreffen die Tourismusförderung und kommunale Finanzierungsinstrumente ebenso wie die Stärkung klimafreundlicher Mobilität für die Anreise und die Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung moderner touristischer Angebote. Adressiert wird zudem der Fachkräftemangel, welchem im Rahmen der Nationalen Tourismusstrategie ein besonderes Augenmerk gelten muss.

Positive Entwicklung aufgreifen

Der Deutschlandtourismus erreichte im Juli 2023 mit 57 Mio. Übernachtungen annähernd das Niveau des Vergleichsmonats vor der Pandemie. Mit 2,8 Mio. Arbeitsplätzen und einem touristischen Konsum von rund 330 Mrd. Euro stellt er für viele Städte und Gemeinden einen zentralen Wirtschaftszweig dar (Daten: Statistisches Bundesamt) und hat vielerorts zu einer positiven Entwicklung der Kommunen beigetragen. Denn eine gut ausgebaute touristische Infrastruktur steigert auch die Lebensqualität für die Einheimischen.

Neues Positionspapier adressiert zentrale Herausforderungen der Branche und Kommunen

Nachdem die letzten DStGB-Positionspapiere im Bereich des Tourismus stark auf die Bewältigung der Folgen und den Neustart nach der Corona-Pandemie ausgerichtet waren, adressiert der aktualisierte Forderungskatalog die derzeit politisch diskutierten Herausforderungen im Bereich des Tourismus. So gilt es insgesamt die Bedeutung des Tourismus weiter zu stärken, dessen wirtschaftliche Bedeutung zwar in den Kommunen unbestritten ist, sich aber mehr als bisher auch in der Bundespolitik widerspiegeln sollte.

Gewarnt wird deutlich vor einer Reduzierung wichtiger Fördermittel wie der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), welche maßgeblich die touristische Entwicklung in ländlichen Regionen unterstützt.

Betont wird zudem die Möglichkeit zur Erhebung kommunaler Finanzierungsinstrumente wie Tourismusabgaben, Bettensteuern oder Fond-Lösungen. Diese Instrumente ermöglichen oftmals zusätzliche Investitionen in die Entwicklung und den Erhalt touristischer Infrastrukturen. Die Entscheidung ob und welche zulässigen Instrumente zum Einsatz kommen, muss zwingend bei den Städten und Gemeinden verbleiben.

Das Positionspapier umfasst des Weiteren Vorschläge zur Unterstützung des Kulturtourismus, der Zentrenentwicklung und des naturnahen Tourismus. Gerade die Entwicklung seit der Pandemie eröffnet beispielsweise für Landgemeinden neue touristische Möglichkeiten und damit zusätzliche Wertschöpfung auch in der Fläche. Ein großes Hemmnis bleibt der Fachkräftemangel, gerade in der Gastronomie. Im Rahmen der Nationalen Plattform zur Zukunft des Tourismus und in einer neuen Tourismusstrategie des Bundes muss dieses Thema eine bedeutende Rolle einnehmen. Der Bund darf sich dabei nicht auf eine Rolle als Koordinator beschränken, sondern muss mit Handlungsempfehlungen und Maßnahmen in den verschiedenen Bundesressorts eigene Unterstützungsleistungen erbringen.

Weitere Informationen

Das gesamte Positionspapier ist abrufbar unter: www.dstgb.de (Rubrik: Publikationen / Positionspapiere)

(DStGB, 18.10.2023)